

«Das Departement von Leben und Tod»

Die traditionellen Dreikönigsgespräche der GFI zum Jahresauftakt am Montagabend im «Hof» in Appenzell

Auch an den diesjährigen Dreikönigsgesprächen der Gruppe für Innerrhoden (GFI) wurde traditionsgemäss ein Mitglied der Ständekommission «gegrillt». Mit Fragen gelöchert wurde heuer Frau Statthalter Monika Rüegg Bless. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Sozialdepartements stand über 2 Stunden Red und Antwort zu einer weiten Spanne an Fragen, die in der Kompetenz der von ihr geleiteten Ämter liegen.

Tommaso Manzin

GFI-Präsident Josef Manser begrüsst die Gäste des gut besuchten Saals im Nebengebäude des Restaurants Hof, darunter die Frau Statthalter Monika Rüegg Bless. Zum neuen Jahr wünschte er allen das Wichtigste: Gesundheit.

Spätestens damit war der Bogen zum Gespräch mit der Vorsteherin des Departements für Gesundheit und Soziales (GSD) gemacht. Neben den damit verbundenen Kompetenzen vom Gesundheitswesen über soziale Bereiche wie Alters- und Pflegeheime oder Sozialamt amtiert sie auch als Stellvertreterin der beiden Landammänner, sollten diese einmal beide ausfallen. «Es ist das Departement mit Strukturproblemen und Grundsatzfragen, nicht nur in der Schweiz», wusste Manser, «es geht in diesem Departement buchstäblich um Leben und Tod.» Durch die Diskussion führte GFI-Mitglied Ruedi Angehrn.

«Ich habe meinen Alltag wieder»

Ob sie noch einen Alltag habe, wollte Angehrn von der Frau Statthalter zunächst wissen. Sie sei im Höhepunkt der zweiten Coronawelle 2020 gewählt worden, erinnert sich Rüegg Bless, als einzige nicht an der Landsgemeinde, sondern coronabedingt an der Urne. Damals habe es keinen normalen Alltag mehr gegeben. «Und danach kam ja schon die Ukrainekrise.» Über die jüngsten Festtage habe sie zwar noch gespürt, dass man als Regierungsmitglied immer im Amt ist, aber sie habe auch das Gefühl gehabt, wieder einen Alltag zurückgewonnen zu haben. Als Pflegedienstleiterin im Kantonsspital St. Gallen habe sie die richtige fachliche Kompetenz in ihr Amt eingebracht, lobte Angehrn, die Mitarbeiter konnten sicher sein: Hier kommt eine Person, die vom Fach ist. Das Know-how aus der Branche sei vor allem für sie persönlich wichtig gewesen, bestätigte Rüegg Bless: «Ich wusste, wie schnell sich die Rahmenbedingungen ändern. Was vor fünf Jahren galt, gilt zum Teil bereits nicht mehr.» Doch auch wenn man eine Vorstellung vom Fach habe – Realität sehe dann immer anders aus. Im Moment der Wahl habe sich bei ihr bald nach Freude und Stolz Respekt vor der Aufgabe eingestellt. Aber ja, mit dem Wissen falle der Kaltstart sicher etwas leichter. «Alle waren froh, dass ich nicht gänzlich untergehe und die Nase noch über Wasser habe. In der Coronazeit mussten wir jeden Tag mit dem Kantonsarzt bestimmen, wie es weitergeht. Es ist erst zweieinhalb Jahre her, dass wir an Weihnachten Securitas-Leute für die



Monika Rüegg Bless war Gast bei den Dreikönigsgesprächen der GFI. Neben ihr steht GFI-Präsident Josef Manser. (Bilder: Tommaso Manzin)

Hauptgasse anstellen mussten, um dafür zu sorgen, dass die Leute Masken tragen.»

Die Grenzen der Parteipolitik

Von den sieben Mitgliedern der Ständekommission sind vier in einer Partei, drei gehören der «Mitte» an – so auch die Frau Statthalter. «Wenn man 50 als Mitte sieht, dann stehe ich bei 44», outete sich Angehrn und wollte von Monika Rüegg Bless wissen: «Wo stehen Sie?» Diese musste nicht lang nachrechnen: «Ich bin Mittel-links. Ich glaube aber, man muss in diesem Bereich der Gesellschaft aufhören, Parteipolitik zu betreiben.»

Statt Bröli ein Espresso und «Kambly»

Auf die Zusammenarbeit mit Ex-Bundesrat und -Gesundheitsminister Alain Berset und ihr erstes Mal in Bern an der Konferenz der Gesundheitsdirektoren angesprochen, fiel der Innerrhoder Gesundheitsdirektorin eine Anekdote ein. Ihre grösste Sorge sei zunächst gewesen, das Gebäude zu finden. Als sie dann im Saal angekommen sei, habe sie erstaunt festgestellt, dass es keine Sitzordnung gab. Sie fand dann ausgerechnet vis-à-vis von Berset einen Platz. «Um 12.30 Uhr dachte ich, es gebe noch ein Sandwich», erinnerte sie sich. Es habe dann aber nur einen Espresso und ein «Kambly»-Guetzli gegeben. Die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und auch mit dem Bund sei immer kollegial gewesen. Aber die grossen Kantone verfügten natürlich über ganz andere Expertenstäbe, dafür habe man als Ständekommissionsmitglied viel Ahnung von den Geschäften, da man sie selbst behandeln müsse.

Anständiges Innerrhoden

In Innerrhoden musste die Coronapolitik starken Gegenwind überstehen, rief Angehrn in Erinnerung. Dennoch habe man

den Eindruck, die Frau Statthalter sei nie unter Druck geraten. Monika Rüegg Bless kommentierte dies zunächst diplomatisch: «Es gab Menschen, die die Massnahmen stützten und sogar mehr davon wollten – und solche, die sie ablehnten. Es gab Szenen in der Öffentlichkeit, die mich daran zweifeln liessen, ob ich mich weiter so stark exponieren soll.» Sie habe aber den Eindruck, dass sich diese Spaltung in der Gesellschaft wieder etwas zurückgebildet habe. Und: «Anders als Bevölkerungsgruppen in anderen Kantonen waren die Innerrhoder sehr anständig, ich hatte nie Beleidigungen im Briefkasten und wurde nicht persönlich angegriffen.»

Flüchtlinge: Appenzeller Erfolgsrezept

Ob man als oberste Flüchtlingsbetreuerin noch selbst Akzente setzen könne angesichts der guten Leitung des Asylzentrums? «Die Ukrainekrise brach mit dem Einmarsch von Russland im März 2022 über die neue Leiterin des Asylzentrums herein, der Sprung ins kalte Wasser war extrem und ich bin sehr froh, dass Esther Hörnlimann das so gut gemeistert hat», verriet die Regierungsrätin. Wir mussten Wohnraum finden, Unterkünfte einrichten, etwa im Kapuzinerkloster oder im Haus Homanner. Wir konnten viele Menschen in den Arbeitsprozess eingliedern und liegen hier weit über dem nationalen Durchschnitt.

Keinen Rappen vom Kanton

Das Innerrhoder Arbeitsbeschaffungssystem ist schweizweit tatsächlich eines der erfolgreichsten, rund 60 Prozent der Geflüchteten haben in Appenzell Innerrhoden eine Beschäftigung gefunden. «Wir hatten zum Glück viele KMU, die bereit waren, Menschen einzustellen und Lehrstellen anzubieten», erklärte Rüegg Bless. Aber auch die Flüchtlinge seien

lernfreudig und anpassungsfähig. Private Unterbringung habe man gar nicht gebraucht und entsprechende Angebote gar abgelehnt. Waren die Leute beleidigt? Rüegg Bless: «Es braucht so oder so eine grosse Koordinationsleistung, viele Menschen unterschätzten in dieser Solidaritätswelle, was es bedeutet, die Menschen auf Ämter zu begleiten oder in die Schule. Wo gehen die Leute hin, wenn die Gastgeber ermüden?» Die Ukrainer suchten zudem auch die Gemeinschaft mit ihren Landsleuten, sie seien vor einem Krieg geflohen, in dem viele Männer starben. Das gemeinsame Trauern sei da wichtig, führte Monika Rüegg Bless aus.

Dank der effizienten Zentralisierung habe der Kanton alle Asylkosten mit den Geldern bestreiten können, die er vom Bund erhält. Es seien hierfür keine kantonalen Steuergelder geflossen.

Fehlendes ambulantes Angebot

Die grösste Sorge der Vorsteherin des Gesundheitsdepartements ist die Sicherstellung des Angebots im ambulanten Bereich, dies würde die Lebensqualität stark senken, erklärte sie den Anwesenden. Auf die Frage, ob man sich im bestehenden Spitalareal nicht auch einen sozialen Wohnungsbau vorstellen könnte, antwortet sie: In einem ersten Schritt sei zu bestimmen, was für die ambulante Grundversorgung gebraucht wird. In einem nächsten Schritt könnte man auch überlegen, was man mit dem restlichen Land mache.

Ende «Torfnest»: Kein Sparentscheid

Die Schliessung des Alters- und Pflegeheims Torfnest in Obereggen sei kein wirtschaftlicher Entscheid gewesen, erklärte die Gesundheitsdirektorin, sondern man habe nicht mehr sicherstellen können, dass genug Personal da sei, um die Menschen fachgerecht zu betreuen.

In Obereggen kursiere die Meinung, der Kanton habe es schliessen wollen, doch das stimme nicht. Es sei eine Kombination aus Mangel an Nachfrage und Mangel an Fachkräfteangebot gewesen. Diese beiden Effekte hätten sich gegenseitig verstärkt. Das neue Konzept «Älter werden in Obereggen» wolle nun sicherstellen, dass sich die Bevölkerung neuer Wege bewusst werde, um ein Leben für ältere Menschen zu gewährleisten.

Phantomschmerz Notfalldienst?

Anders als beim Spital werde der fehlende Notfalldienst als ein Manko empfunden, wusste Angehrn. Man müsse nach Herisau oder St. Gallen, das seien 30 Minuten Fahrt und dann müsse man erst noch weiter warten, bis man einen Arzt zu Gesicht bekomme. Die Frau Statthalter klärte die Frage detailliert: «Die akutsomatische Abteilung musste geschlossen werden, weil Ausserrhoden den Vertrag mit uns gekündigt hatte, mit dem sichergestellt war, dass jeden Tag ein Arzt Dienst hat. Das kann Innerrhoden allein nicht gewährleisten.» Der hausärztliche Notfalldienst, bei dem ein Hausarzt eine Woche lang Dienst habe und auch Notfälle abdecke, sei unter Druck geraten, da die betroffenen Ärzte viele Wochen im Jahr nicht für die Familie da sein könnten. Man habe immer weniger junge Ärzte und Ärztinnen gefunden, die dazu bereit waren. Früher sei daher die Notaufnahme weniger wichtig gewesen, da man vorgelagert den hausärztlichen Notfalldienst hatte. Für lebensbedrohliche Fälle – etwa bei Verdacht auf Herzinfarkt oder bei einem Blutgerinnsel – rät die Vorsteherin des Gesundheitsdepartements dringend, telefonisch die Nummer 144 zu wählen. In den anderen Fällen könne man sich an den vorgelagerten hausärztlichen Notfalldienst in Herisau wenden.

Investitionen vom Volk gewollt

Die Investitionen haben sich gehäuft, Innerrhoden habe grosse Baustellen, resümiert Angehrn die Lage und befürchtet, jetzige und künftige Generationen würden durch Amortisationen und Schuldzinsen geschröpft. Er wollte vom Regierungsrat wissen, ob all die Projekte vom Bürgerheim bis zur Eichbergstrasse nötig seien. Rüegg Bless bejahte dies und gab zu bedenken, dass letztlich das Volk diese Projekte abgesegnet und gewollt habe. Noch finanziere sich der Kanton zudem aus eigener Kraft, bei anderen Kantonen sei die Fremdfinanzierung schon lange gang und gäbe. «Wir hatten zuerst geglaubt, schon 2023 erstmals Fremdkapital aufnehmen müssen», führte sie aus, dies werde aber erst 2025 der Fall sein.

Bei Investitionen gebe es häufig Verzögerungen, beim Verwaltungsgebäude seien noch immer Einsprachen hängig. Für die Investitionen in die Strasse nach Haslen seien Verhandlungen mit rund 100 Landbesitzern zu führen – eine komplexe Angelegenheit, um die sie den Bauherrn nicht beneide. Sie mahnte: «Wenn wir schon jetzt anfangen, Projekte im Voraus zu kürzen, obwohl wir wissen, dass viele davon gar nicht realisiert werden, zerbricht man irgendwann unter der Last von Projekten, die dann plötzlich in Zukunft gleichzeitig nötig werden.»

«Unrealistische AHV-Initiativen»

(tm) Am 3. März stimmt das Schweizer Stimmvolk über zwei AHV-Initiativen ab: die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» (Renteninitiative) sowie die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter» (Initiative für eine 13. AHV-Rente). «Die einen wollen aus dem bestehenden bereits kleinen Topf noch mehr nehmen, die anderen die Pensionierung an die Lebenserwartung koppeln», fasst Frau Statthalter Monika Rüegg Bless die Volksbegehren zusammen. Es gebe Menschen, die ihr Fachwissen weiter einbringen und arbeiten wollen, auch

nach 65. Es gebe aber auch solche, die ihr Leben lang körperlich hart gearbeitet haben und die Pensionierung dringend brauchen – da sei ein an die Lebenserwartung gekoppelter Automatismus ein schlechter Ansatz. Sollte es zudem wieder einmal eine grosse Pandemie mit Übersterblichkeit geben, würde diese Koppelung zu absurden Resultaten führen. «Und eine 13. AHV-Rente können wir uns aus meiner Sicht einfach nicht leisten», schloss Monika Rüegg Bless die Fragestunde am Montagabend anlässlich der GFI-Dreikönigsgespräche.



Ein Blick in die Runde: Der Saal im Nebengebäude des Restaurants Hof war am Montagabend gut gefüllt.